

## Täuschungsmanöver

Mit einer Reality-Soap wirbt die Bundeswehr um Rekruten. Seite 5



## Stolpern unerwünscht

Mutmaßlich Rechtsextreme stehlen in Berlin mehrere Gedenksteine. Seite 9

Foto: dpa/Jan-Philipp Strobel

## Kein Kanonenfutter

Syndikalistinnen riefen in den 20ern zum Gebärstreik. Seite 18

Foto: Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 8. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 260

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Programm für den Papierkorb

Aert van Riel über das frühe Einknicken der Grünen

Dass die Grünen sich noch immer als Programmpartei bezeichnen, wirkt absurd. Für die Parteiführung spielt es nämlich kaum noch eine Rolle, was die eigene Basis beschlossen hat. In den Sondierungsgesprächen mit Union und FDP räumen die Grünen viele ihrer bisherigen Positionen. Sehr schnell und ohne Wehmut haben sich ihre Unterhändler von der Vermögensteuer verabschiedet. Und über die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen redet in der Partei niemand mehr. An eine sozialere Politik wäre in einer Koalition, die von Konservativen und Neoliberalen dominiert wird, ohnehin nicht zu denken. Überraschender ist, dass auch die Bereiche Umwelt und Klima für die Grünen nicht von einer so großen Bedeutung sind, wie man eigentlich annehmen müsste. Bei der Umstellung auf erneuerbare Energien wollen sie gemächlich vorgehen und auf konkrete Daten für den Kohleausstieg und die Verkehrswende verzichten.

Wenn das eigene Programm nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, dann bleiben Personen übrig, die Politik weitgehend nach ihren persönlichen Vorstellungen machen. Das gilt bei den Grünen vor allem für das Bundestags-Spitzenkandidatenduo Katrin Göring-Eckardt und Cem Özdemir. Sie und ihre Unterstützer können nur noch von einem Parteitag aufgehalten werden, der bald über die Aufnahme der schwarz-gelb-grünen Koalitionsgespräche abstimmen soll. Ansonsten droht den Grünen ein Schicksal als profilloses Anhängsel von Schwarz-Gelb.

## UNTEN LINKS

Der SPD geht es schlecht, aber die Besserung naht. Denn die Demokratie, vor allem die der Basis, steht kurz vorm Durchbruch. Der Parteivorsitzende, sagte der jetzige Parteivorsitzende, soll in Zukunft nicht von Parteitagsgedegierten, sondern von allen Genossen gewählt werden. Manche nörgeln noch und denken sich Einwände aus, andere würden am liebsten gleich den Schlachtruf »Jetzt geht's los!« anstimmen. Die älteren SPD-Mitglieder kennen ihn noch; er stammt aus der wilden Zeit, als der verwegene Rudolf Scharping ihr Chef war. Der hatte sich damals, es war tief in den 90ern, in einer Basisabstimmung gegen Gerhard Schröder und Heidemarie Wiczorek-Zeul durchgesetzt. Der Partei-Altvordere Johannes Rau war ein bisschen gerührt, Helmut Kohl hat gelacht, und Scharping, der später durch andere Qualitäten auf sich aufmerksam machte, wurde irgendwann von Oskar Lafontaine weggeputzt. Diesmal lauert im Hintergrund Olaf Scholz. Was für eine Aussicht. wh

## Gas Wasser Trump

Seit seiner Wahl vor einem Jahr rückt der Egomane die USA rabiat nach rechts



In Trumps Werkzeugkasten findet sich nur grobes Gerät. Politische Feinmotorik ist nicht seine Sache.

Foto: dpa/Alex Brandon

Berlin. Auf den Tag genau ein Jahr ist es her, dass die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA weltweit Schockwellen verursachte. Eine Serie von Rückschlägen – wie der gescheiterte Versuch, die von vielen Republikanern gehasste Gesundheitsreform seines Amtsvorgängers Obama zurückzunehmen, oder die Ermittlungen gegen sein Wahlkampfteam – täuschen über eines hinweg: Trump ist extrem erfolgreich dabei, mit dem Erbe seines Vorgängers aufzuräumen und die USA einer konservativen Revolution zu unterziehen.

50 Dekrete hat der hyperaktive Präsident bereits erlassen, mehr als 800 Vorschriften und

Auflagen aus der Obama-Zeit zurückgenommen. Durch die Benennung zahlreicher erzkonservativer Bundesrichter auf Lebenszeit, inklusive der eigentlich Obama zugestanden Ernennung eines Obersten Richters am Supreme Court, wird die Rechtssprechung auf Jahre nach rechts verschoben.

Dass Trump ein Jahr nach der Wahl seine Machtposition gesichert hat, liegt zum einen daran, dass sich die Republikaner – getrieben von rechten Medien wie dem Netzportal Breitbart – auf Gedeih und Verderb an ihn und seine radikal rechte Wählerschaft gebunden haben. Zum anderen scheitern die Demokraten

daran, ihn abseits seiner Skandale inhaltlich zu stellen und sich vereint gegen ihn zu wehren.

Die historisch schlechten Umfragewerte Trumps ändern nichts an der Begeisterung, die er mit seinen Wutattacken auf Twitter bei seinen Anhänger entfacht. Seine Kompromisslosigkeit, gepaart mit der Egomanie, die jegliche Widerworte persönlich nimmt, spaltet die Gesellschaft wie nie zuvor. Führende amerikanische Psychiater stellen dem Präsidenten in einem Buch ein miserables Attest aus. Die Präsidenschaft Trumps ist ein Abbild der US-Gesellschaft, deren politische Lager sich kompromisslos gegenüberstehen. ais Seite 2

## Grüne haben beim Klimaschutz keine Eile

Sondierungsgespräche im Bund werden fortgesetzt / Ökopartei rückt von bisherigen Positionen ab

Viel Zeit bleibt den Unterhändlern von CDU, CSU, FDP und Grünen nicht mehr. Am 16. November sollen die Sondierungen für eine neue Bundesregierung abgeschlossen werden.

Von Aert van Riel

Um eine sogenannte Jamaika-Koalition zu ermöglichen, entschärfen die Grünen ihre bisherigen Forderungen in der Umwelt- und Klimapolitik. Parteichef Cem Özdemir sagte der »Stuttgarter Zeitung« und den »Stuttgarter Nachrichten«, dass seine Partei ein Aus für den Verbrennungsmotor im Jahr 2030 nicht länger zur Bedingung für eine Koalition mit Union und FDP mache. Statt des konkreten Datums, ab dem nur noch abgasfreie Autos neu zugelassen werden sollten, verlangten die Grünen lediglich »ein klares Bekenntnis, dass wir alles dafür tun, um die Fahrzeuge der Zukunft – vernetzt, automatisiert

und emissionsfrei – zu bekommen«.

Auch beim Kohleausstieg rudern die Grünen zurück. Die Kovorsitzende Simone Peter verkündete in der »Rheinischen Post«, dass nicht das genaue Datum entscheidend sei. »Uns geht es darum, dass die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr 2020 um 40 Prozent unter dem Ausstoß von 1990 liegen und dass die Sektorziele für 2030 eingehalten werden, auch mit Blick auf die Paris-Ziele«, sagte Peter. Im Wahlprogramm der Grünen hieß es, dass der Strom bis 2030 komplett aus erneuerbaren Energien gewonnen werden solle. Die 20 dreckigsten Kohlekraftwerke müssten »unverzüglich« vom Netz genommen werden.

Wirtschaftsnahe Politiker der Grünen sind mit den Kompromissvorschlägen offenkundig zufrieden. So will etwa der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann der heimischen Autoindustrie keine

strengen Vorgaben machen. Die konkreten Zeitpläne seiner Partei hatte Kretschmann als »Schwachsinnstermine« bezeichnet.

Dagegen kritisierte der Verkehrsexperte der Umweltschutzorganisation Greenpeace, Tobias Austrup: »Wer dem Verbrennungsmotor kein klares Ende setzt, verschont die Autobauer auch künftig vor jeder Anstrengung im Klimaschutz.«

In einer gemeinsamen Erklärung appellierten rund 50 Konzerne und Wirtschaftsverbände an die künftige Regierung, einen »verlässlichen und sozialverträglichen Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung« festzulegen. Zu den Firmen gehören unter anderem Siemens, SAP, Deutsche Telekom, Metro und Aldi Süd. Allerdings geht es nicht allen Beteiligten um den Schutz der Umwelt, sondern sie wollen größere Planungssicherheit haben.

FDP-Chef Christian Lindner reagierte positiv auf die Vorschläge

der Grünen und deutete an, dass seine Partei Abstriche bei einer von ihr geplanten Reform machen könnte, nach der Steuersenkungen von 30 bis 40 Milliarden Euro vorgesehen waren.

Derweil nannte Kanzlerin Angela Merkel ein Enddatum für die Sondierungen, die am Dienstag in eine entscheidende Phase gingen: »Am 16. November wollen wir fertig sein. Und da steht noch viel Arbeit an.« Seite 6

### Lesen Sie heute im Ratgeber

Neu: Zustellroboter für die Briefträger

Mietrecht: Eichpflicht und Heizungstausch

Winterreifen: Tipps für die Umbereifung

## Milliardenschaden durch Steuerflucht

Deutschem Fiskus geht fast ein Drittel an Körperschaftsteuer verloren

München. Allein Deutschland entgehen einem Bericht zufolge jährlich rund 17 Milliarden Euro an Steuereinnahmen, weil internationale Konzerne wie Apple und Nike ihre Gewinne in Steueroasen verschieben. Wie die »Süddeutsche Zeitung« (Dienstausgabe) unter Berufung auf Berechnungen des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman berichtete, entgeht der EU insgesamt ein Fünftel ihrer Einnahmen aus Unternehmensteuern durch solche Steuertricks – insgesamt 60 Milliarden Euro pro Jahr.

Zucmans Rechnungen basieren dem Bericht zufolge auf öffentlich zugänglichen Daten. Die Einnahmen des deutschen Fiskus aus der Körperschaftsteuer könnten demnach 32 Prozent höher liegen als bislang. In Frankreich liegt der Wert laut Zucman bei 25 Prozent, in Großbritannien bei 20 Prozent. Zwei Drittel der möglichen Steuereinnahmen verliert Deutschland laut dem Bericht durch Steueroasen in der EU, beispielsweise durch die Niederlande, Irland oder Luxemburg. AFP/nd

Seiten 4 und 16

## Mit roten Fahnen durch Moskau

Kommunisten marschieren zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution

Moskau. Zum 100. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution haben mehrere tausend Kommunisten am Dienstag in Moskau mit roten Fahnen demonstriert. An dem sogenannten »Marsch linker Kräfte« nahmen nach Angaben des russischen KP-Chefs Gennadi Sjuganow auch Vertreter aus 80 anderen Ländern teil. Zu sehen waren unter anderem die Flaggen Kubas und das Emblem der italienischen KP. Viele Teilnehmer trugen Porträts von Lenin und Stalin.

Angeführt von Lenin, hatten die Bolschewiki am 25. Oktober 1917 (7. November 1917 nach neuem Kalender) die Macht in der Hauptstadt Petrograd (heute St. Petersburg) übernommen. Sie begründeten den ersten sozialistischen Staat, die Sowjetunion, die bis 1991 bestand. Die beseitigte die aus der Februarrevolution hervorgegangene provisorische Regierung unter Alexander Kerenski und errichtete einen neuen Staat, der sich als Diktatur des Proletariats verstand. Zu Zeiten der Sowjetunion war der 7. November Feiertag. dpa/nd

## Fragerecht im Bundestag gestärkt

Karlsruhe: Bundesregierung hat Parlament unzureichend informiert

Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechte des Bundestags auf Kontrolle der Bundesregierung in einer weitreichenden Entscheidung erneut gestärkt. Die Bundesregierung ist demnach grundsätzlich verpflichtet, Anfragen des Parlaments öffentlich zu beantworten, weil es ansonsten »Missstände in Regierung und Verwaltung nicht aufdecken kann«, heißt es in einem am Dienstag verkündeten Urteil. Geklagt hatten die Grünen, deren Fragen im Jahr 2010 unter anderem zur Kontrolle der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie zur Deutschen Bahn im Hinblick auf das Milliardenprojekt Stuttgart 21 von der Bundesregierung nur unvollständig oder überhaupt nicht beantwortet worden waren.

Das Urteil regelt erstmals, dass die Regierung nicht nur über ihre eigene Tätigkeit Auskunft geben muss, sondern auch über Aktivitäten von Unternehmen, die sich in ihrer Hand befinden sowie über nachgeordnete Behörden wie etwa die BaFin. AFP/nd

Kommentar Seite 4

ISSN 0323-3375

